

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Thomas Seitz, Dr. Michael Ependiller, Tobias Matthias Peterka, Corinna Miazga und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/3939 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der „Stiftung Forum Recht“ (Forum-Recht-Abwicklungsgesetz)

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass für die im Jahr 2019 errichtete Stiftung Forum Recht laut Haushaltsplan für das Jahr 2023 eine institutionelle Förderung in Höhe von insgesamt 3.560.000 Euro vorgesehen sei. Dabei sei bereits jetzt absehbar, dass der geplante Kostenrahmen inflationsbedingt massiv überschritten werde. Den Kosten stünden dabei keine nennenswerten Aktivitäten der Stiftung gegenüber. Der in § 2 des Gesetzes zur Errichtung der „Stiftung Forum Recht“ (ForumRG) vorgegebene Stiftungszweck werde in qualitativer und quantitativer Hinsicht nicht erfüllt. Angesichts der Erwartung, dass der Staat auch für das Haushaltsjahr 2023 viel Geld zur Abmilderung der Inflationsfolgen und der steigenden Energiekosten benötige, sei es dem Bürger nicht vermittelbar, dass Steuermittel für eine beinahe inaktive Stiftung aufgewendet würden. Es sei absehbar, dass der Kostenrahmen von maximal 70 Millionen Euro für die Bauvorhaben an beiden Standorten der Stiftung allein inflationsbedingt auch ohne die bei staatlichen Projekten üblichen Kostenüberschreitungen bei weitem nicht einzuhalten sein werde. Vor diesem Hintergrund strebt die Fraktion der AfD mit diesem Gesetzentwurf die Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung der „Stiftung Forum Recht“ und deren Abwicklung an.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/3939 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Der Rechtsausschuss

Elisabeth Winkelmeier-Becker
Vorsitzende

Dr. Johannes Fechner
Berichtersteller

Dr. Günter Krings
Berichtersteller

Dr. Till Steffen
Berichtersteller

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatterin

Thomas Seitz
Berichtersteller

Susanne Hennig-Wellsow
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Johannes Fechner, Dr. Günter Krings, Dr. Till Steffen, Katrin Helling-Plahr, Thomas Seitz und Susanne Hennig-Wellsow

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/3939** in seiner 60. Sitzung am 13. Oktober 2022 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3939 in seiner 30. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3939 in seiner 42. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3939 in seiner 41. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, die Stiftung Forum Recht habe seit ihrer Errichtung im Mai 2019 trotz erheblicher finanzieller Förderung keine nennenswerten Arbeitserfolge erzielt. Geplante Bauprojekte an den beiden Standorten Karlsruhe und Leipzig könnten angesichts von Preissteigerungen in den vergangenen Jahren keinesfalls innerhalb des veranschlagten Kostenrahmens realisiert werden. Beide Beobachtungen gäben dringenden Anlass, die Notbremse zu ziehen und die Stiftung nach dem vorgeschlagenen Forum-Recht-Abwicklungsgesetz abzuwickeln, um eine weitere Verschwendung von Haushaltsmitteln abzuwenden. Die Ablehnung des Gesetzentwurfs durch die übrigen Fraktionen könne nur auf eigennützige Motive zurückgeführt werden.

Die **Fraktion der SPD** entgegnete der Fraktion der AfD, prognostizierte Baukosten rechtfertigten nicht die Auflösung und Abwicklung der Stiftung. Die Einhaltung des Projektbudgets könne durch mildere Mittel sichergestellt werden. Aus dem in Teilen bestehenden Nachbesserungsbedarf bei der Aufbauarbeit lasse sich nicht ableiten, dass die Stiftung ihren Zweck vernachlässige, mit Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog über den Rechtsstaat und das Recht zu treten. Die Aufklärungsarbeit der Stiftung leiste einen wertvollen Beitrag bei der Bekämpfung wachsender Zweifel am Rechtsstaat in Deutschland, denen häufig fehlende Kenntnisse zugrunde lägen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Fraktion der SPD an und betonte den wertvollen Beitrag der Stiftung Forum Recht zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die **Fraktion der FDP** teilte die Ansicht der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und kritisierte, die Argumente der Fraktion der AfD seien bloß vorgeschoben, um den Stiftungszweck, Fragen des Rechts und des Rechtsstaats als Grundvoraussetzungen einer funktionsfähigen, lebendigen Demokratie zu diskutieren, zu konterkarieren. Die Stiftung leiste einen wichtigen Beitrag bei der Prävention der Entstehung und Verbreitung rechtsstaatsfeindlicher Gruppierungen wie den Reichsbürgern und müsse daher tatkräftig unterstützt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** trat ebenfalls für die Arbeit der Stiftung Forum Recht ein und empfahl mit Blick auf den bestehenden Verbesserungsbedarf bei der Aufbauarbeit, dem Bericht des Bundesrechnungshofs zur Stiftung Forum Recht besondere Beachtung zu schenken.

Die **Bundesregierung** stellte klar, auch sie begrüße die Errichtung der Stiftung Forum Recht und deren wichtige Funktionen. Sie sei im Jahr 2019 auch vor dem Hintergrund der Krise der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn gegründet worden. Diese Beispiele verdeutlichten, wie wichtig eine bevölkerungsnaher Arbeit und die Veranschaulichung der praktischen Wirkungen des Rechtsstaats zum Schutz der Demokratie seien. An Verbesserungen bei der Aufbauarbeit werde bereits gearbeitet und dabei würden die Hinweise des Bundesrechnungshofs einbezogen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Dr. Johannes Fechner
Berichtersteller

Dr. Günter Krings
Berichtersteller

Dr. Till Steffen
Berichtersteller

Katrin Helling-Plahr
Berichterstellerin

Thomas Seitz
Berichtersteller

Susanne Hennig-Wellsow
Berichterstellerin

